

36.148

**Studium Generale**

Band 13

Ralf Elm (Hg.)

**Ethik, Politik und Kulturen  
im Globalisierungsprozess**

Eine interdisziplinäre Zusammenführung



Schriftenreihe der Universität Dortmund

Band 49

**projekt verlag**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
 Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
 Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
 über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Leitung des Studium Generale: PD Dr. Ralf Elm

Herausgeberinformation:

PD Dr. Ralf Elm hat Philosophie, Griechische Philologie, Vergleichende Religi-  
 onswissenschaft und Pädagogik in Tübingen und Dortmund studiert; 1994 Pro-  
 motion mit einer Abhandlung über Aristoteles' Praktische Philosophie in Tübin-  
 gen; 2000 Habilitation mit einer Studie über Heideggers Ontologie in Dortmund;  
 von 1991-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Dortmund;  
 dort seit 2000 als Privatdozent Lehrbeauftragter im Fach Philosophie; von 2000  
 bis 2002 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Inte-  
 grationsforschung (ZEI) der Universität Bonn in der Forschung tätig; seit Sommer  
 2002 Akademischer Rat im Fach Philosophie an der Pädagogischen Hochschule  
 Weingarten. Publikationen (Auswahl): *Klugheit und Erfahrung bei Aristoteles*,  
 Paderborn 1996. *Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen  
 Philosophie*, Bonn 2001. Als Hrsg.: *Universität zwischen Bildung und Busi-  
 ness. Mit einem Anhang zur europäischen Bildungspolitik*, Bochum 2002.  
*Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen*, Baden-Baden 2002.  
*Kunst im Abseits?* Bochum 2003 (i. Vb.). *Horizonte des Horizont-Begriffs*, St.  
 Augustin 2003 (i. Vb.). Als Mitherausgeber: R. Elm / K. Köchy / M. Meyer: *Her-  
 meneutik des Lebens*, Freiburg 1999. R. Elm / M. Takayama: *Zukünftiges  
 Menschsein: Ethik zwischen Ost und West*, Baden-Baden 2003.

ISSN 0171-0869  
 ISBN 3-89733-088-1

© Copyright der einzelnen Beiträge bei den Autoren und Autorinnen  
 © Copyright des Gesamtwerkes 2003 **projekt verlag**, Bochum  
 Postfach 10 19 07  
 44719 Bochum  
 Tel.: 0234/3 25 15 70  
 Fax: 0234/3 25 15 71  
 e-mail: [Lektorat@projektverlag.de](mailto:Lektorat@projektverlag.de)  
 Internet: [www.projektverlag.de](http://www.projektverlag.de)  
 Druck: Zeitdruck, Dortmund  
 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

## Inhaltsverzeichnis

<i>RALF ELM</i> Vorwort	7
<b>Teil I: Grundspannungen des Globalisierungsprozesses</b>	
<i>RALF ELM</i> Globalisierung und neue Weltordnung <i>Zur derzeitigen Desintegration der Formen praktischer Vernunft und zu den Aufgaben einer mehrschichtigen Ethik</i>	11
<i>INGEBORG GABRIEL</i> Moral in Zeiten der Globalisierung: Zwischen Säkularität und Religion	47
<i>REGINA AMMICHT-QUINN</i> Theologische Ethik und Globalisierung: Mit-Macht, Gegen-Macht oder Ohn-Macht?	65
<i>DIETMAR MIETH</i> Menschenbild und Menschenwürde angesichts des Fortschritts der Biotechnik	80
<i>THOMAS MEYER</i> Negative und positive Globalisierung	98
<i>HARTMUT HIRSCH-KREINSEN</i> Paradoxien der Globalisierung: Das Beispiel Unternehmenskultur	117
<i>FRANZ NUSCHELER</i> Globalisierung: Chancen und Risiken, Gewinner und Verlierer	134
<i>HAUKE BRUNKHORST</i> Ambivalenz der Menschenrechte <i>Zwischen moralischem Appell und globalem Verfassungsrecht</i>	150
<i>RALF KONERSMANN</i> Ambivalenzen der Kulturkritik	165
<b>Teil II: Globalisierung im Horizont der Kulturen</b>	
<i>HANS GREWEL</i> Globalität und Divergenz <i>Beobachtungen zum Verhältnis von Religion(en) und Humanität</i>	181
<i>STEFAN WILD</i> Der 11. September 2001, der Afghanistankrieg und die Muslime	200
<i>JAMAL MALIK</i> Der Islamische Fundamentalismus – einige Bemerkungen	216

VITTORIO HÖSLE Globalisierung und US-amerikanische Hegemonie	220
MANFRED MOLS Grenzen der Globalisierung in Lateinamerika	231
KARIN TOMALA Chinesisches Menschenrechtsverständnis und der Globalisierungsprozess	247
PETER ZERVAKIS Globalisierung und Europäisierung als Herausforderungen für den Wandel des Nationalstaats in Europa	280
<b>Teil III: Perspektiven</b>	
VOLKER GERHARDT Globalisierung <i>Ein notwendiges Ziel der Politik</i>	321
WOLFGANG M. SCHRÖDER Good governance im Zeitalter der Globalisierung <i>Kriteriologische Überlegungen aus der Sicht der normativen Regierungslehre</i>	338
MARTIN W. SCHNELL Globalisierung und Gerechtigkeit	362
ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER Globalisierung und Volkswille	374
UDO VORHOLT How to make society civil and democracy strong?	380
LUTZ WINGERT Türöffner zu geschlossenen Gesellschaften <i>Bemerkungen zum Begriff der Menschenrechte</i>	392
EIKE BOHLKEN Kulturelle Differenz und interkulturelle Sittlichkeit im Prozess der Globalisierung	408
ULRICH HALTERN Völkerrecht und Liebe	429
ANGELA KALLHOFF „Die Welt, von der wir träumen ...“ <i>Beiträge der politischen Philosophie zur Globalisierungsdebatte</i>	462
WOLFGANG ZIEFLE Brauchen wir einen Weltstaat? – (auch) eine Tübinger Kontroverse <i>Didaktische Skizzen zur Globalisierung als Thema in der Schule</i>	475
AUTORENVERZEICHNIS	497

Ralf Elm

## Vorwort

Die Zeiten neigen in der Regel dazu, ihre eigene Gegenwart sehr zu überschätzen. Leicht ließen sich aus den unterschiedlichen Epochen Stimmen finden, die ihre Zeit als Umbruchzeit erlebt haben. Für Modernisierer sind solche Zeiten des Wandels und des Umbruchs stets Zeiten weiterer Befreiung von überkommenen Zwängen und neuer Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Modernisierungsgegner verweisen hingegen immer schon auf die abgründigen Risiken und Bedrohungspotentiale, die sich in Umbruchzeiten auftun. Trifft dies nun so auch auf unsere Situation der Globalisierung zu? Ist sie ebenfalls bloß ein Wandel gesellschaftlicher Lebenszusammenhänge im Wandel der Zeiten? Dem wird vermutlich so sein. Aber gleichwohl könnten wir es uns damit zu einfach machen. Denn vieles spricht dafür, dass die Globalisierung mit ihren Um- und Dambrüchen eine Dynamik freisetzt, die weder einen Halt kennt noch einen Halt gewährt, weil sie gegenwärtig programmatisch aus der Auflösung relativ fester Strukturen, aus der Lockerung ethischer und sozialer Standards, aus der weiteren Deregulierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte ihr ökonomisches Verwertungspotential gewinnt.

Wir haben es wohl nicht nur den kritischen Intellektuellen, sondern ebenso der ihrerseits global agierenden Antiglobalisierungsbewegung zu verdanken, darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass wir den Globalisierungsprozess samt seiner Auswirkungen bislang nur unzureichend begriffen haben. Einen Beitrag zum Begreifen von dem, was hier in der Globalisierung wie und überhaupt woraufhin geschieht, hat die Universität Dortmund ihrerseits in zwei Veranstaltungsreihen im Rahmen ihres Studium Generale zu leisten unternommen. Zunächst war nur das Studium Generale im Wintersemester 2001/2002 unter dem Titel *Moral und Politik im Zeitalter der Globalisierung* geplant. Mitten in die Vorbereitung dieser Veranstaltungsreihe ereignete sich der 11. September 2001. Da dieses Ereignis mit der sich abzeichnenden Auseinandersetzung der Kulturen im Studium Generale des Wintersemesters nur im Ansatz reflektiert werden konnte, entschied ich

## „Die Welt, von der wir träumen ...“

### Beiträge der politischen Philosophie zur Globalisierungsdebatte

Aufgabe der politischen Philosophie ist es nicht nur, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu analysieren, sondern sich auch mit den Fragen zu beschäftigen, ob die gegebenen Verhältnisse unseren Vorstellungen über ein gutes Zusammenleben entsprechen und welche normativen Entwürfe einer guten politischen Ordnung begründet werden können. Aus dieser Warte Globalisierungsgeschehnisse zu thematisieren und kritisch zu erörtern, liegt mit Blick auf die Themenstellung zwar nahe. Gleichwohl ist ein solches Vorhaben dadurch erschwert, dass schon eine präzise Bestimmung des Phänomens „Globalisierung“ kaum möglich ist. Während mit diesem Problem auch andere Disziplinen konfrontiert sind, gibt es eine zusätzliche, spezifische Schwierigkeit. Auch in ihrer jüngeren Geschichte sind die Ansätze der politischen Philosophie primär bezogen auf politische und gesellschaftliche Strukturen institutionell verankerter politischer Gemeinwesen, also Staaten.<sup>1</sup> Diese Fokussierung steht einem Zugriff auf die Globalisierungsdebatte im Weg; entsprechend sind systematische Beiträge immer noch rar.<sup>2</sup>

Mit Rücksicht auf diese Situation muss zunächst gefragt werden, welche Ansatzpunkte es für Fragestellungen der politischen Philosophie in der Globalisierungsdebatte überhaupt gibt. Dies soll im ersten Abschnitt meiner Ausführungen erörtert werden. Statt bei gesellschaftlichen und politischen Strukturen anzusetzen, bietet es sich im Falle der Globalisierungsdebatte an, stärker auf inhaltliche Aspekte einzugehen. Wird gefragt, welche Vision globalisierungskritischen Stellungnahmen zugrunde liegt, so zeigt sich, dass es um den Schutz bestimmter Güter geht. Im zweiten Abschnitt soll diese These belegt und gezeigt werden, dass die als schützenswert und förderungswürdig erachteten Gegenstände als „öffentliche Güter“ klassifiziert

werden können. Daran schließt sich der Versuch einer Präzisierung und kritischen Diskussion des Konzepts öffentlicher Güter an. Da diese primär in der Ökonomie diskutiert werden, sollen im dritten Abschnitt die ökonomische Betrachtungsweise skizziert und Ansätze einer kritischen Erörterung aufgezeigt werden. Im vierten Abschnitt wird schließlich diskutiert, welchen Beitrag die politische Philosophie zu einer Präzisierung und Anreicherung des Konzepts öffentlicher Güter leisten kann und welche argumentativen Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Ziel der Ausführungen ist es, Ansatzpunkte für eine Diskussion der Globalisierungsereignisse in der politischen Philosophie aufzuzeigen und eine Möglichkeit, die bei dem Konzept öffentlicher Güter ansetzt, näher zu betrachten. Mit der Kritik eines ökonomischen Konzepts öffentlicher Güter wird dabei zugleich versucht, an einem ausgewählten Beispiel ökonomische Denkmuster zu kritisieren und alternative Perspektiven aufzuzeigen.

#### 1. Ansätze der politischen Philosophie zur Globalisierungskritik

In der politischen Philosophie geht es darum, normative Ideen und Maßgaben für politische Gemeinschaften zu entwickeln. Nach Rawls geht es mit Bezug auf die Grundstruktur eines politischen Gemeinwesens um einen Entwurf einer wohlgeordneten Gesellschaft.<sup>3</sup> Prinzipien sollen entwickelt werden, auf deren Grundlage es gelingt, widerstreitende Interessen und Erwartungen zwar nicht aufzuheben, aber für dieselben einen vernünftigen Konsens zu finden, so dass auch Gewinne und Lasten gesellschaftlicher Kooperation auf der Grundlage eines fairen Verfahrens verteilt werden können. Für Versuche, Entwürfe einer gerechten Ordnung auf die Globalisierungsproblematik anzuwenden, ergeben sich spezifische Schwierigkeiten. Dies soll in zwei Hinsichten verdeutlicht werden.

Um für konfligierende Interessen einen vernünftigen Konsens zu finden, müssen zunächst die Interessenlager identifiziert werden. Da die Globalisierungsgeschehnisse nicht die Struktur von intendierten Handlungen be-

<sup>1</sup> Eine Ausnahme sind die Debatten um Menschenrechte im allgemeinen und Beiträge zur Fragen internationaler Gerechtigkeit.

<sup>2</sup> Bezeichnend für die Forschungslage ist, dass philosophische Beiträge zum Teil auch als politische Stellungnahmen verstanden werden müssen. Beispiele sind Bourdieu (2001) oder Chomsky (2002).

<sup>3</sup> Vgl. Rawls (1994). Zur Definition von „Grundstruktur der Gesellschaft“ vgl. Rawls (1998), S. 76 und zu Argumenten dafür, dass die Grundstruktur der vorrangige Gegenstand der Gerechtigkeitstheorie ist vgl. ebd., S. 367 ff.

stimmter Akteure haben,<sup>4</sup> besteht ein grundlegendes Problem darin, von den Folgen auf Ursachen und damit auch auf Interessen vermeintlicher Akteure zu schließen. Wird gleichwohl versucht, Interessenlager auszumachen, so müßte primär die ungleiche Machtverteilung zwischen Interessen „der Ökonomie“ auf der einen Seite und Interessen „der Opfer“ auf der anderen Seite kritisiert werden. Notwendig wäre nicht der Gegenentwurf einer gerechten Ordnung, vielmehr müßten zunächst normative Maßstäbe für eine Eindämmung ungleicher Machtverhältnisse entwickelt werden.<sup>5</sup> Insbesondere sind nicht die vermeintlichen Interessen der Industrie an sich das Problem, sondern vielmehr die Art und Weise ihrer Durchsetzung – so beispielsweise auch das Tempo, mit welchem politische Entwicklungen und die Etablierung transnationaler Einrichtungen nicht Schritt halten können. Die derzeit in aller Munde geführte Kritik am „Neoliberalismus“ ist die Kritik an einer Wirtschaftsform, deren Kennzeichen es auch ist, dass ökonomische Prozesse nicht eingebettet sind in politische Prozesse. Notwendig wäre also nicht eine Kritik bestehender politischer Ordnungssysteme mit dem Ziel einer Begründung gerechter Strukturen. Vielmehr wäre zunächst danach zu fragen, welche Strukturen und Institutionen notwendig sind, um der scheinbar unkontrollierbar voranschreitende Globalisierung eine Richtung zu geben, die auch den Interessen der von den Folgen Betroffenen gerecht wird.<sup>6</sup> Eine Alternative besteht darin, den Blick direkt auf die „Opfer“ von Globalisierungsprozessen zu lenken. Ein Arbeitsbereich der politischen Philosophie ist die Erörterung und Begründung grundlegender Rechte. Die Debatte

<sup>4</sup> Einen Einblick in die Vielschichtigkeit gibt der Versuch von Beck, verschiedenartige Logiken, Dimensionen und Folgen zu unterscheiden. Vgl. Beck (1997), S. 61ff.

<sup>5</sup> In diese Richtung zielt die Kritik von Chomsky. Vgl. insbes. den Beitrag „Konsens ohne Zustimmung: Wie man das Bewußtsein der Öffentlichkeit reglementiert“ in Chomsky (2002), S. 54-80 und „Die Leidenschaft für freie Märkte“, in: ebd., S. 81-107.

<sup>6</sup> Im Kontext einer Bestandsaufnahme zu den gegenwärtigen Möglichkeiten und Grenzen des Nationalstaates setzt sich Habermas mit den Möglichkeiten einer „Weltinnenpolitik“ auseinander. Notwendige Voraussetzungen sind seines Erachtens „handlungsfähige Akteure, die auf internationaler Ebene die Kraft haben, sich auf die fälligen Arrangements, Verfahren und politischen Rahmenbedingungen zu einigen. Nach einer solchen Kooperation verlangen nicht nur die Disparitäten zwischen Nord und Süd, sondern ebenso der Verfall des sozialen Standards in den wohlhabenden nordatlantischen Gesellschaften, wo eine nationalstaatlich begrenzte Sozialpolitik gegen die Folgen niedriger Lohnkosten auf globalisierten und rasch expandierenden Arbeitsmärkten ohnmächtig sind. Supranationale Handlungskapazitäten fehlen erst recht für jene ökologische Probleme... Eine friedlichere und gerechtere Welt- und Weltwirtschaftsordnung ist ohne handlungsfähige internationale Institutionen nicht vorzustellen“. Habermas (1999c), S. 152-153.

um Individualrechte hat sich inzwischen mit den Rechten der dritten Generation zur Erörterung des Schutzes elementarer Lebensgrundlagen, welche durch Globalisierungsprozesse bedroht werden, fortentwickelt.<sup>7</sup> Aber auch eine Begründung grundlegender Rechte ist nur dann gewinnbringend, wenn konkretisiert werden kann, was genau der Inhalt dieser Rechte ist. Ferner wären Instanzen notwendig, gegenüber welchen die Rechte eingeklagt werden können und von deren Seite ein wirksamer Schutz der Rechte auch zu erwarten wäre. Das Problem besteht darin, dass beides in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis steht. Ohne das Vorhandensein politischer Institutionen zum Schutz von Rechten bleibt eine Artikulierung der Rechte wirkungslos; die Begründung und Konkretisierung von Rechten setzt wiederum ein Vorverständnis über eine politische Ordnung voraus, die mit Bezug auf Globalisierungsprozesse nur Schritt für Schritt erarbeitet werden kann.

Festgehalten werden kann bis hierher, dass es derzeit utopisch wäre, normative Vorgaben für eine gerechte, über Staatsgemeinschaften hinausgreifende Ordnung entwickeln und begründen zu wollen. Was seitens der politischen Philosophie geleistet werden kann, ist zunächst nicht mehr und nicht weniger, als auf die Notwendigkeit politischer Strukturen und Institutionen sowohl für die Möglichkeit eines vernünftigen Konsenses zwischen unterschiedlichen Interessenlagern als auch die Begründung grundlegender Rechte aufmerksam zu machen.

Statt diesen Diskussionsstrang weiterzuverfolgen, möchte ich auf eine Alternative aufmerksam machen, welche sich mit Bezug auf jüngere Entwicklungen der politischen Philosophie ergibt. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten waren die Beiträge von Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern Liberalismus und Kommunitarismus geprägt. Zentrale Fragestellungen betrafen das Selbstverständnis politischer Gemeinschaften, das richtige Maß der Verflechtung individueller Vorstellungen guten Lebens und geteilter Wertvorstellungen in politischen Gemeinschaften sowie die Reichweite staatlichen Handelns und staatlicher Institutionen. Inzwischen hat sich die Diskussion weiterentwickelt. Statt zu fragen, ob die durch politische Ordnungen gesicherten Freiheiten, individuelle Vorstellungen guten Lebens zu verwirklichen, oder gemeinschaftsbezogene Werte den Vorrang haben sollten – ob also das „Rechte“ oder das „Gute“ Priorität hat –, wird zunehmend auch nach allgemein wünschenswerten Gütern und Werten ge-

<sup>7</sup> Zu Wohlfahrtsrechten vgl. Waldron (1993b), S. 275 f.

fragt, die sowohl für politische Gemeinschaften als auch für das gute Leben der Einzelnen zentral sind.<sup>8</sup>

## 2. Globalisierungskritik und Güter

Um einen Einblick zu gewinnen, um welche Güter und Inhalte guten Lebens es in der Globalisierungsdebatte geht, sollen Globalisierungskritiker zu Wort kommen. Unsere Frage ist: Hinsichtlich welcher Güter und Werte wird die Globalisierung als Gefahr erlebt und worauf richtet sich die Sorge derjenigen, die gegen die Globalisierung protestieren? Aufschlussreich sind die Forderungen der sich derzeit in Europa formierenden Anti-Globalisierungsbewegung „Attac“. Programmatisch formuliert De Oliveira auf dem Attac-Kongress vom 19.-21.10.2001 in Berlin: „Die Welt, von der wir träumen, gründet auf gerechter, gleichberechtigter und solidarischer Entwicklung. Eine Welt, in der die Natur erhalten und die kulturellen Unterschiede respektiert werden. Wir träumen von einem friedlichen Zusammenleben in Solidarität und Gerechtigkeit. Das sind die fundamentalen Werte einer Welt, wie wir sie für unsere Nachkommen wollen.“<sup>9</sup> Auch wenn die Attac-Bewegung in ihrer jetzigen Phase ein buntes Bild abgibt, da in ihr unterschiedliche Interessengruppen vertreten sind, können doch zentrale Anliegen benannt werden. Neben der Forderung nach einer weltweiten Demokratisierung politischer Prozesse zugunsten von Gerechtigkeit und Solidarität wird die Eindämmung wirtschaftlicher Prozesse eingefordert. In diesen kommt die Sorge um die Zerstörung bestimmter Güter zum Ausdruck, mit Blick auf Europa wird dies deutlich in der Klage über eine zunehmende Beschneidung sozialstaatlicher Leistungen.<sup>10</sup> Im Einzelnen geht es um eine allgemeine Gesundheitsfürsorge, Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, innere Sicherheit, eine gute Infrastruktur und eine intakte Umwelt.<sup>11</sup> Auch die Forderung nach einer gerechten, über die Staatsgrenzen hinausgehenden politischen Ordnung wird damit begründet, dass die genannten Güter andernfalls keinen Schutz und keine Unterstützung erfahren. Ihr Schwin-

<sup>8</sup> Vgl. beispielhaft Günther/Wingert (2001), Nussbaum (2000), Scanlon (1998), Sen (1999).

<sup>9</sup> Zit. nach: Cassen u.a. (2002), S. 78.

<sup>10</sup> Was im einzelnen als „Leistungen eines Sozialstaates“ bezeichnet werden kann, wird deutlich in Kersting (2000).

<sup>11</sup> Vgl. hierzu weitere Beiträge in Cassen u.a. (2002) und Grefe u.a. (2002).

den oder ihre Zerstörung wird nicht nur als Verlust angesehen, vielmehr wird darin eine Bedrohung elementarer Lebensmöglichkeiten gesehen. Ein neoliberales Staatsmodell steht deshalb im Zentrum der Kritik, weil in ihm eine Versorgung mit grundlegenden Gütern nicht vorgesehen ist. „Der Staat hat sich aus allen wirtschaftlichen Bereichen zurückgezogen, ihm gehörende Unternehmen verkauft, *öffentliche Güter* wie Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, Erziehung und Kultur ... *in Handelsgüter und deren Nutzer in Kunden verwandelt*“.<sup>12</sup>

Eine Erörterung der Diskurse von Globalisierungskritikern aus Warte der politischen Philosophie kann mit dem Versuch beginnen, die verhandelten Gegenstände näher zu betrachten sowie Konzepte und Begriffe zu klären. Worum es geht, ist die Forderung nach einem und einer Unterstützung öffentlicher Güter. Nun werden „öffentliche Güter“ primär nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie und näherhin der Finanzwissenschaft thematisiert.<sup>13</sup> Die ökonomische Diskussion öffentlicher Güter beinhaltet sowohl eine Analyse des Konzepts als auch eine Erörterung von Verteilungs- und Finanzierungsproblemen. Beides soll im Folgenden zunächst erläutert werden, um dann eine Diskussion aus der Warte der politischen Philosophie anzuschließen. Dabei geht es nicht nur um eine Klärung des Konzepts und um die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, für den Schutz dieser Güter zu argumentieren, sondern auch darum, zu zeigen, dass in ökonomischen Theorien mit einem Modell gearbeitet wird, das aus Perspektive der politischen Philosophie korrigiert und angereichert werden muss. Die oben angedeutete und von Globalisierungsgegnern kritisierte Verwandlung von öffentlichen Gütern in Handelsgüter und die Verwandlung von Nutzern in Kunden hat ihre Grundlage – so meine These – bereits in der ökonomischen Theoriebildung. Eine Kritik der auf dieser Ebene getroffenen Vorentscheidungen soll auch ein Beitrag dazu sein, gegenüber ökonomischen Denkmustern Alternativen aufzuzeigen, in welchen Fragen des guten Lebens und eine gemeinschaftliche desselben einen zentralen Stellenwert haben.

<sup>12</sup> Bourdieu (2001), S. 30. (Kursiv durch Bourdieu).

<sup>13</sup> Vgl. dazu Buchanan (1968), De Jasay (1989), Giersch (1998), Musgrave (1969), Olson, M. (1968), Samuelson/Nordhaus (1995).

### 3. Anfragen an ein ökonomisches Güterkonzept

Öffentliche Güter sind Kollektivgüter. Wie diese werden sie von Individuen gemeinschaftlich in Anspruch genommen.<sup>14</sup> Beispiele für Kollektivgüter sind die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, Gesundheitseinrichtungen, Rundfunk- und Fernsehprogramme, Straßen und Verkehrsmittel, Erholungseinrichtungen, Museen und Kultureinrichtungen sowie Umweltgüter. *Öffentliche Güter* werden als Kollektivgüter definiert, bei deren Nutzung keine gegenseitigen Beeinträchtigungen auftreten und ein Ausschluss nicht möglich ist. Diese Merkmale werden als „non-rivalness“ und „non-excludability“-Bedingungen bezeichnet.<sup>15</sup> Öffentliche Güter haben des Weiteren ebenso wie Kollektivgüter das Merkmal, gemeinsam produziert zu werden.

Die Definition öffentlicher Güter ist gruppenbezogen. Ihre Bereitstellung ist zwar möglicherweise zu jedermanns Nutzen dieser Gruppe, zugleich kann aber nicht vorhergesehen werden, wer die Güter tatsächlich und in welchem Umfang er sie in Anspruch nimmt. Damit ist schon das Hauptproblem einer Theorie öffentlicher Güter aus Perspektive der Finanzwissenschaften skizziert. Untersuchungsgegenstand ist, welches Verfahren eine Nutzen- und Lastenverteilung zum Vorteil aller ergibt. Dabei wird auch diskutiert, welche Gründe es gibt, sich freiwillig in den Kreis der Unterstützer zu begeben.<sup>16</sup> In der ökonomischen Theoriebildung wird die Frage, wer welchen Beitrag zur Erhaltung und Beschaffung leisten sollte, primär als ein Effizienzproblem eingestuft.

Eine Kritik dieses Konzeptes öffentlicher Güter kann dabei ansetzen, dass die Definition und die Fragestellungen im Kontext einer Theorie entwickelt werden, die bestimmte Prämissen ungefragt in Anspruch nimmt. Güter sind Gegenstände, die von individuellen Nutznießern, deren Ansprüche normalerweise miteinander konkurrieren, für die Befriedigung bestimmter Präferenzen verbraucht werden. Eine erste kritische Nachfrage kann sich darauf beziehen, ob das Verhältnis zwischen Gütern und denjenigen, welche die

Güter in Anspruch nehmen, hinreichend bestimmt ist, wenn ausschließlich auf ihren Verbrauchswert rekuriert wird.<sup>17</sup>

Weiterhin kann gefragt werden, ob mit der Nicht-Ausschließbarkeits-Bedingung tatsächlich eine Eigenschaft öffentlicher Güter gekennzeichnet wird oder ob diese Bedingung nicht vielmehr auf einem Vorverständnis aufruht, das im Kontext der Ökonomie zwar in Anspruch genommen, nicht jedoch artikuliert wird. Wenn nur solche Güter als öffentliche Güter bezeichnet werden können, für welche die Nicht-Ausschließbarkeits-Bedingung zutrifft, so könnten beispielsweise Umweltgüter keine öffentlichen Güter sein. Der Zugang zu einer gesunden und ressourcenreichen Umwelt wird selbst innerhalb von Staatengemeinschaften vielerorts nur wenigen zuteil; gleichwohl verstehen wir eine gesunde Umwelt doch als ein öffentliches Gut. Hinter der Nicht-Ausschließbarkeits-Bedingung verbirgt sich eine These. Öffentliche Güter sind Gegenstände, mit bezug auf welche eine Verweigerung des Zugangs zwar möglich, nicht aber richtig ist. Wenn es also nicht um eine Eigenschaft, sondern um eine normative Idee geht, dann ist die politische Philosophie aufgefordert, diesen Aspekt zu erörtern.

Hinsichtlich der Frage nach einer Verteilung der Güter muss gefragt werden, ob es tatsächlich nur um ein Effizienzproblem geht. Auch in ökonomischen Ansätzen wird diskutiert, worin ein *fairer* Lastenausgleich besteht. Dies weist darauf hin, dass es sich um ein Gerechtigkeitsproblem handelt. Eine Bearbeitung dieses Aspekts müsste der Frage nachgehen, welches Modell einer gerechten Verteilung im Falle öffentlicher Güter tragfähig ist. Da dies ein eigener Untersuchungsgegenstand ist, kann eine Diskussion dieser Fragestellung hier nicht geleistet werden. Vielmehr soll nur darauf hingewiesen werden, dass die Beantwortung der Frage, *welche* Güter öffentlich zugänglich sein sollten und somit einer gerechten Verteilung unterliegen müssten, eine notwendige Voraussetzung dafür ist, ein Verteilungsverfahren oder Prinzipien einer gerechten Verteilung auszuarbeiten.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Arnold (1992), S. 79.

<sup>15</sup> Vgl. Musgrave (1969).

<sup>16</sup> Schon früh hat Olson darauf aufmerksam gemacht, dass es mit Bezug auf Gruppengüter durchaus eine Motivation zu einem freiwilligen Beitrag gibt. Vgl. Olson (1968).

<sup>17</sup> Eine solche Perspektive einzunehmen, verdankt sich der Überlegung von Sen, dass Gerechtigkeitstheorien hinsichtlich der für die Bestimmung guten Lebens gewählten Kategorien auf einer Informationsbasis aufrufen, deren Auswahl bereits eine erste Theorieentscheidung darstellt. Vgl. dazu Sen (1992).

<sup>18</sup> Auch in Rawls' Gerechtigkeitskonzeption ist eine Bestimmung von Grundgütern eine Voraussetzung für die Begründung der Gerechtigkeitsgrundsätze. Vgl. Rawls (1979), S. 83.

#### 4. Öffentliche Güter aus Perspektive der politischen Philosophie

Nun soll es darum gehen, das Konzept öffentlicher Güter aus Perspektive der politischen Philosophie anzureichern und gegebenenfalls auch zu korrigieren. Zentral für diese Auseinandersetzung ist die Frage, was es bedeutet, bestimmte Gegenstände des Wünschens als Güter und näherhin als „öffentliche“ Güter zu klassifizieren. Für die Diskussion dieser Frage kann eine Tendenz neuerer Beiträge zur politischen Philosophie genutzt werden, die darin besteht, dass zunehmend Inhalte guten Lebens und guten gemeinschaftlichen Lebens thematisiert werden und danach gefragt wird, was tatsächlich oder allgemein wünschenswerte Gegenstände sind. In der politischen Philosophie wird – möglicherweise vorangetrieben durch kommunitaristische Entwürfe, aber auch als Reaktion auf die Wiederentdeckung der Ethik des guten Lebens in der Moralphilosophie – nach verallgemeinerungsfähigen Inhalten guten Lebens gefragt.

Öffentliche Güter sind Gegenstände, die man zu nutzen und zu haben begehrt, weil sie Mittel zur Verwirklichung eines guten Lebens sind. Öffentliche Güter haben zweifelsohne einen Gebrauchswert – darin ist einer ökonomischen Betrachtung zuzustimmen. Zugleich ist die Klassifizierung als Güter aber auch Ergebnis einer Wertung. Gegenstände als „Güter“ zu bezeichnen, setzt jedoch noch etwas weiteres voraus. Dies wird deutlich, sofern versucht wird, einen Unterschied zwischen Gütern und anderen Gegenständen des Wünschens zu charakterisieren. Wünsche können sich je nach den eigenen Vorstellungen eines guten Lebens auf ganz unterschiedliche Gegenstände richten. Von „Gütern“ zu sprechen bedeutet dagegen, von einem Gegenstand zu behaupten, er sei tatsächlich oder allgemein wünschenswert. Insbesondere wenn der Schutz und die Unterstützung der Güter von einer Gemeinschaft von Menschen geleistet werden soll, ist auch eine verallgemeinerbare Vorstellung darüber notwendig, was öffentliche Güter sind. Die Philosophie nimmt sich der Frage an, was es bedeutet, dass etwas allgemein wünschenswert ist. Da für einen Versuch, Gegenstände als objektive Güter auszuweisen, sowohl grundlegende epistemologische als auch ontologische Fragestellungen geklärt werden müssten, kann ein solcher hier nicht unternommen werden. Stattdessen möchte ich auf eine Fragestellung aufmerksam machen, die in einer ökonomischen Perspektive nicht berücksichtigt und erkannt wird und zwei mögliche Ansätze für eine Antwort erläutern.

Wenn Güter Gegenstände sind, die tatsächlich oder allgemein wünschenswert sind, so genügt es nicht zu zeigen, dass diese Gegenstände von vielen wertgeschätzt werden. Selbst wenn bestimmte Gegenstände von allen wertgeschätzt würden, ist damit noch nicht gezeigt, dass die Gegenstände tatsächlich allen zur Verfügung stehen sollten und für dieses Ziel auch politische Institutionen in die Pflicht genommen werden können. Vielmehr sind für einen solchen Status von Gütern Argumente und eine Begründung notwendig. Je nach Theoriebildung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten zu zeigen, dass Gegenstände nicht nur gewünscht werden, sondern allgemein wünschenswert sind.

Wird es als zentral erachtet, jedem selbst die Entscheidung darüber zu belassen, was er als wünschenswert erachtet, zugleich aber nicht darauf verzichtet, die Allgemeinheit bestimmter Gegenstände des Wünschens zu zeigen, so ist es ein Ansatz in der politischen Philosophie, ein Einigungsverfahren zu entwickeln, dank welchem die tatsächlichen oder hypothetischen Diskutanden zu einem vernünftigen Konsens kommen können. Ein solches Verfahren muss bestimmten Bedingungen unterliegen, damit das Ziel erreicht werden kann.<sup>19</sup> Ein Konsens alleine ist deshalb nicht hinreichend, weil nicht nur gezeigt werden soll, dass bestimmte Gegenstände von allen oder wenigstens vielen gewünscht werden, sondern dass sie tatsächlich wünschenswert sind.<sup>20</sup> Die Zusatzbedingungen sollen dafür sorgen, dass Gründe zum Tragen kommen, die vernünftig und für alle einsichtig sind.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Die grundlegende Idee, einen kontraktualistischen Ansatz in Richtung eines Einigungsverfahrens weiterzuentwickeln, entwickelt Habermas in seiner Diskurstheorie. Ein weiterer zentraler Impuls für neuere kontraktualistische Ansätze, so beispielsweise auch Scanlon (1998), und Waldron (1993), ist die Rawls'sche Idee, ein Einigungsverfahren über grundlegende Gerechtigkeitsgrundsätze in eine fiktive, mit bestimmten Rahmenbedingungen versehene Situation zu verlegen. In beiden Fällen eröffnen sich Möglichkeiten, statt eines tatsächlichen Konsens einen hypothetischen Konsens als hinreichend zu erachten für ein Einigungsverfahren.

<sup>20</sup> Eine Zusatzannahme ist es auch, dass den Teilnehmern oder hypothetischen Teilnehmern zugetraut werden kann, dass sie die Fähigkeit rationalen Argumentierens und zur Einsicht in vernünftige Gründe haben. Habermas spezifiziert in (1999c) in einer Auseinandersetzung mit Rawls' Konzept des öffentlichen Vernunftgebrauchs, was einen vernünftigen, politischen Grundkonsens von einem bloßen Mehrheitsentscheid unterscheidet. Vgl. ebd. S. 106ff. In einer Fortentwicklung der Habermas'schen Diskurstheorie versucht auch Benhabib die Bedingungen für einen vernünftigen Konsens mit Bezug auf grundlegende politische Inhalte zu bestimmen. Vgl. Benhabib (1995).

<sup>21</sup> Für Gegenstände, die an sich wünschenswert sind, arbeitet Scanlon ein entsprechendes Verfahren aus. Vgl. Scanlon (1998).



Eine andere Möglichkeit, für den Allgemeinheitscharakter bestimmter Güter zu argumentieren, besteht darin, das Verhältnis zwischen Gütern und der Verwirklichung von Vorstellungen guten Lebens näher in den Blick zu nehmen. Wie oben erläutert wurde, ist es ein Spezifikum der als „öffentliche Güter“ bezeichneten Gegenstände, dass sie Mittel zur Verwirklichung guten Lebens sind und auch wegen dieser Qualität wertgeschätzt werden. Wenn sich zeigen läßt, dass ein Leben nur dann ein gutes Leben ist, wenn bestimmte Inhalte guten Lebens verwirklicht werden können, also eine allgemeine Konzeption guten Lebens begründet werden kann, können auch in Relation dazu bestimmte Güter als notwendige Voraussetzungen ausgezeichnet werden. Notwendig ist für eine solche Begründungsstrategie zum einen eine allgemeine Konzeption guten Lebens; zum anderen muss diese konkret genug sein, um zeigen zu können, dass bestimmte Mittel zur Verwirklichung notwendig sind. Eine Konzeption, in welcher sowohl die Inhalte guten Lebens konkretisiert werden, als auch Voraussetzungen zur Verwirklichung guten Lebens reflektiert werden, entwickelt Martha C. Nussbaum in ihrem Fähigkeitenansatz.<sup>22</sup>

Worauf es mit Bezug auf unsere Fragestellung ankommt, ist folgendes. Dass bestimmte Gegenstände Güter sind, setzt nicht nur eine Evaluation voraus, sondern auch eine Begründung dafür, dass die entsprechenden Gegenstände tatsächlich Güter sind. In der politischen Philosophie gibt es dafür unterschiedliche Argumentationsstrategien, von denen zwei skizziert wurden. Für globalisierungskritische Stimmen bedeutet dies, dass für den Schutz bestimmter Güter nicht nur geworben, sondern auch argumentiert werden kann.

#### 4. Fazit

Als eine vorzügliche Möglichkeit, die Vision einer „besseren Welt“, die sich auch in Globalisierungskritiken artikuliert, seitens der politischen Philosophie aufzunehmen und an einer bestimmten Stelle zu präzisieren, erweist sich eine Erörterung öffentlicher Güter. Voraussetzung für einen sol-

<sup>22</sup> Eine Zusammenstellung zentraler Beiträge zur Begründung des Fähigkeitenansatzes findet sich in deutscher Übersetzung in Nussbaum (1999). Mit bezug auf Fragestellungen der politischen Philosophie vgl. Nussbaum (2000). Für eine Diskussion des Fähigkeitenansatzes vgl. die Dokumentation eines Forschungskolloquiums in Münster in: Kallhoff (2000).

chen Ansatz ist es, auf die inhaltlichen Forderungen einzugehen und zu fragen, der Verlust welcher Gegebenheiten überhaupt befürchtet und beklagt wird. Mein Versuch galt einer Klärung des Konzepts öffentlicher Güter und dem Aufweis von Voraussetzungen und argumentativen Möglichkeiten. Deutlich werden sollte dabei insbesondere, dass öffentliche Güter keine Handelsware sind, sondern vielmehr Gegenstände, die in einem differenzierten Verhältnis stehen sowohl zu unseren Vorstellungen guten Lebens als auch zu Möglichkeiten der Verwirklichung guten Lebens.<sup>23</sup>

#### Literatur

- Arnold, V. (1992), Theorie der Kollektivgüter, München  
Beck, Ulrich (1997), Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt a. Main  
Benhabib, Seyla (1995), Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne. Aus d. Amerik. v. Isabella König, Frankfurt a. Main  
Bourdieu, Pierre (2001), Gegenfeuer 2: Für eine europäische soziale Bewegung, Konstanz (Originalausgabe: Contre-feux 2, Raison d'Agir Éditions 2001)  
Buchanan, J.M. (1968), The Demand and Supply of Public Goods, Chicago.  
Cassen, Bernard/George, Susan/Richter Horst-Eberhard/Ziegler, Jean u.a. (2002), Eine andere Welt ist möglich! Dokumentation des Attac-Kongresses vom 19.-21.10.2001 in Berlin, hrsg. v. Attac Deutschland, Hamburg  
Chomsky, Noam (2002), Profit Over People. Neoliberalismus und Globale Weltordnung, 7. Aufl., Hamburg/Wien (Originalausgabe: Profit Over People. Neoliberalism and Global Order, New York 1999)  
De Jasay, A. (1989), Social Contract, Free Ride. A Study of the Public Goods Problem, Oxford  
Epple, D. N./Romano, R. (2000), Collective Choice and Voluntary Provision of Public Goods, Cambridge Mass.  
Giersch, Th. (1998), On Defining and Analyzing Public Goods, Hamburg.  
Grefe, Christiane/Graffrath, Mathias/Schumann, Harald (2002), attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? 3. Aktualisierte Aufl., Berlin

<sup>23</sup> Egal, um welches öffentliche Gut es geht: „The point is, firstly, that the provision of such a public good requires the widespread participation of many people, and secondly, that it requires interference with important choices about how to live one's own life.“ Denise Reaume, unpubl. Paper, zit. Nach Waldron (1993), S. 349.

- Habermas, Jürgen (1999a), Drei normative Modelle der Demokratie, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M., S. 277-292
- Habermas, Jürgen (1999b), Der europäische Nationalstaat – Zu Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M., S. 128 – 153.
- Habermas, Jürgen (1999c), ‚Vernünftig‘ versus ‚wahr‘ – oder die Moral der Weltbilder, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M., S. 95-127.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002), Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York (Originalausgabe: Empire, Cambridge Mass. 2000)
- Kallhoff, Angela (ed.) (2001), Martha C. Nussbaum: Ethics and Political Philosophy. Lecture and Colloquium in Münster 2000, Münster
- Kersting, W. (Hrsg.) (2000), Politische Philosophie des Sozialstaats, Göttingen
- Musgrave, R.A. (1969), Provision for Social Goods, in: Margolis, J./Guitton, H. (eds.), Public Economics: An Analysis of Public Production and Consumption and their Relations to the Private Sectors, London, S. 124-144
- Nussbaum, Martha C. (1999), Gerechtigkeit oder Das gute Leben, hrsg. v. Herlinde Pauer-Studer. Aus d. Amerikanischen v. Ilse Utz, Frankfurt a. M.
- Nussbaum, Martha C. (2000), Women and Human Development. The Capabilities Approach, Cambridge U.K.
- Olson, M. (1968), Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektive Güter und die Theorie der Gruppen. Tübingen.
- Rawls, John (1979), Eine Theorie der Gerechtigkeit. Übersetzt von Hermann Vetter, Frankfurt a.M. (Originalausgabe: A Theory of Justice, Harvard 1971)
- Rawls, John (1994): Die Grundstruktur der Gesellschaft, in: ders., Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, herausgg. V. Wilfried Hinsch, Frankfurt a. Main, S. 45-79.
- Rawls, John (1998), Politischer Liberalismus. Übers. v. Wilfried Hinsch, Frankfurt a.M. (Originalausgabe: Political Liberalism, New York 1993)
- Scanlon, Th. M. (1998), What We Owe to Each Other, Cambridge Mass./ London UK.
- Sen, Amartya (1992), Inequality Reexamined, Cambridge Mass.
- Sen, Amartya (2000), Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Aus d. Engl. v. Chr. Goldmann, München/Wien (Originalausgabe: Development as Freedom, New York 1999)
- Waldron, Jeremy (1993), Liberal Rights: Collected Papers 1981-1991, Cambridge Engl.
- Waldron, Jeremy (1993a), „Legislation and Moral Neutrality“, in: ders., Liberal Rights. Collected Papers 1981-1991, Cambridge, S. 143-167
- Waldron, Jeremy (1993b), „Social Citizenship and the eDefense of Welfare Provision“, in: ders., Liberal Rights. Collected Papers 1981-1991, Cambridge, S. 271-308
- Waldron, Jeremy (1993c), „Can Communal Goods be Human Rights?“, in: ders., Liberal Rights. Collected Papers 1981-1991, Cambridge, S. 339-369